

Opposition im Landtag bahnt U- Ausschuss an



BOHRT NACH: Sebastian Körber. (Foto: imago images/Rolf Poss)

VON HANS PETER REITZNER

NÜRNBERG – Sebastian Körber ist momentan mit einer Delegation in Japan unterwegs, deshalb kann der FDP-Landtagsabgeordnete unserer Redaktion nur per Textnachricht übers Handy mitteilen, dass der geplante Untersuchungsausschuss zu Unregelmäßigkeiten bei Bau und Vermietung des Zukunftsmuseums auf dem Nürnberger Augustinerhof-Gelände konkrete Formen annimmt.

Körber, Abgeordneter aus Forchheim, hat kiloweise Akten in der Causa gesammelt und studiert. Er ist die treibende Kraft der FDP-Landtagsfraktion in der Angelegenheit. Deshalb gilt in der Sache auch sein Wort, heißt es bei Parteifreunden.

Spätestens Ende des Monats werde der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verkündet, teilt Körber nun mit: „Wir bleiben im Zeitplan.“ SPD und Bündnisgrüne sehen ebenfalls gute Gründe, den vielen offenen Fragen auf den Grund zu gehen.

Das bestätigen die Oppositionsparteien im Landtag auf Anfragen unserer Redaktion. „Nürnberg hat dieses Museum verdient. Aber Söder hat für sein Prestigeprojekt Unsummen an Geld ausgegeben, das er nicht verdient hat“, sagt Florian von Brunn, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Chef der Bayern-SPD. „Es geht um die Verschwendung von Steuergeld. Wir reden deswegen mit FDP und Grünen im Landtag darüber, ob das nicht einen Untersuchungsausschuss erfordert.“

Bei den Bündnisgrünen ist die Nürnberger Abgeordnete und Vize-Fraktionschefin Verena Osgyan für den Fall zuständig. Sie will den Nürnberger Vergaberechtersperten Arnd Bühner zu einem vertiefenden Austausch nach München einladen.

Bühner hatte im Gespräch mit unserer Redaktion Fehler bei der Vergabe des Museumsausbaus an den Nürnberger Immobilien- Großunternehmer Gerd Schmelzer angeprangert – und stand als einziger Fachmann dieser Meinung auch namentlich zu der Kritik. Er pocht darauf, das Museum hätte vergaberechtlich ausgeschrieben werden müssen. Dass dies nicht erfolgt ist, sei ein klarer Verstoß gegen Vergaberecht. Inwieweit durch finanzielle Förderung des Museums auch ein Subventionsdelikt vorliegen könnte, ist die nächste offene Frage.

Juristisch und politisch seien nicht nur die Spitzen des Museums, sondern auch der damalige Finanzminister Markus Söder durch seine Unterschriften verantwortlich zu machen, sagt FDP-Mann Körber.
